

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Verleger: Kurt Morikow, Str. 151 90-151 97.

Montag, den 29. April 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Verleger: Kurt Morikow, Str. 151 90-151 97.

Vor der Entscheidung in Preußen.

Bei einem Empfang gewerkschaftlicher Arbeitervertreter aller Richtungen hat am Sonnabend der Reichskanzler Graf Hertling die Erklärung abgegeben, er stehe und falle mit der preussischen Wahlreform. Am Tage darauf haben seine Gehilfen Friedberg, Schiffer und v. Krause auf dem nationalliberalen Preussentag Schwerarbeit geleistet, um noch einige Landtagsabgeordnete auf ihre Seite zu bringen und widerstrebende Elemente womöglich wenigstens von der Abstimmung fernzuhalten. Herr Friedberg rechnet aber trotzdem mit der Möglichkeit, daß das gleiche Wahlrecht mit einer Mehrheit von etwa 30 Stimmen abgelehnt werden könnte. Für diesen Fall hat er in nicht ganz bestimmten Ausdrücken die Auflösung des Abgeordnetenhauses in Aussicht gestellt. Er scheint aber nicht alle überzeugt zu haben, sonst wäre die Minderheit — 129 gegen 429 — noch kleiner geworden.

Die Debatte des nationalliberalen Preussentags ist allgemein interessant, weil sie in das Spiel hinter den Kulissen hineinleuchtet. Anhänger und Gegner der Regierungsvorlage haben ihre Beweggründe mit demselben Offenheit dargelegt. Die Anhänger sagen: „Wir stimmen für die Regierungsvorlage, weil dagegen zu stimmen doch nicht hilft und höchstens dem Radikalismus weiteren Vorschub leistet.“ Die Gegner aber sagen mit listigem Augenwinkeln zu Herrn Friedberg hinüber: „Der weiß, vielleicht hilft es doch!“ Nach Dirich-Offen versperrt jeder, der für das gleiche Wahlrecht stimmt, den Weg zur Verständigung mit der Regierung. Und auch nach Herrn Lohmann handelt es sich für die Opposition darum, die Regierung zu Jugendsünden zu bewegen und möglichst viel „aus ihr herauszuschlagen“.

Danach betrachten die Gegner der Regierungsvorlage den Ausschlußbeschluss auf Einführung eines mehrfachen Mehrstimmrechts noch nicht als ihr letztes Wort. Sie wollen versuchen, die Regierung durch Ablehnung des gleichen Wahlrechts in eine Zwangslage zu bringen, und dann wollen sie noch einmal mit sich reden lassen. Sie glauben dann als Sieger bei der Abstimmung mit der Regierung gewissermaßen vom hohen Pferde herab verhandeln zu können und hoffen dabei, Zugeständnisse an ihre reaktionäre Richtung herauszulozen zu können, über deren Größe sie sich vorläufig nicht auslassen. Ob sie das gleiche Wahlrecht noch einigen weiteren Verschlechterungen annehmen wollen oder ob sie glauben, ein etwas weniger niederträchtiges Mehrstimmrecht als das vom Ausschluß beschlossene durchdrücken zu können, bleibt ungewiß. Vielleicht sind sie selber sich noch nicht ganz klar darüber, jedenfalls meinen sie, sich durch Ablehnung des gleichen Wahlrechts der Regierung gegenüber in eine günstige Situation bringen zu können.

Diese Rechnung steht ganz auf der Voraussetzung, daß die Regierung nach der etwaigen Ablehnung nicht auflöse, sondern sich zwischen zweiter und dritter Lesung zu einem Stillstand mit den Wahlrechtsgegnern herbeilassen wird. Durch ihn könnte man dann allerdings um die Auflösung herumkommen, die politischen Folgen, die sich aus ihm ergeben würden, könnten aber leicht den regierenden Klassen viel unangenehmer werden als der mit Unrecht gefürchtete Wahlkampf während des Krieges.

In weitaus dem größten Teil der Wahlkreise würde es zu einem eigentlichen Wahlkampf gar nicht kommen. Von den Seiten, die die Wahlrechtsfrage inne haben, könnte kaum ein einziger von den Wahlrechtsgegnern ernstlich bestritten werden. Auf der anderen Seite gibt es zahlreiche konservative Wahlkreise, in denen, dank dem Dreiklassenwahlrecht, jedes Annehmen vergeblich wäre. Nur in ganz wenigen Kreisen würde es zu einem wirklichen Wahlkampf kommen, nämlich in jenen Kreisen, welche die Wahlrechtsgegner zur Mehrheit brauchen und in denen ihr Vorgehen Erfolg verspricht. Auch hier könnten die Wahlrechtsgegner jede Garantie für einen ruhigen und geordneten Verlauf des Wahlkampfes übernehmen.

Besteht somit kein Grund, vor der Auflösung zurückzuführen, so sprechen nur desto mehr Gründe gegen eine Unterwerfung der Regierung unter die Forderungen der Opposition. Ihr Ansehen würde dadurch einen tödlichen Schlag erhalten, und es würde eine viel größere Aufregung im Lande entstehen, als sie ein Wahlkampf verursachen kann. Denn die Massen, die das gleiche Wahlrecht der Regierungsvorlage trotz mancher Bedenken gegen einzelne Einschränkungen, so wie es ist, gerade noch annehmen können, würden sich preisgegeben und im Stich gelassen finden, wenn die Regierung den erklärten Feinden des gleichen Wahlrechts auch nur noch einen Schritt entgegenkäme. Ist doch die Regierungsvorlage gerade nur noch so, daß man sie knapp als eine Entlösung der Wahlrechtsbotenschaft vom 11. Juli betrachten kann. Die geringste weitere Verschlechterung würde im Volk die Ueberzeugung zur Reife bringen, daß hier nicht Wort gehalten werden soll. Und die daraus entspringende Erbitterung würde der so gefährdeten Radikalisierung der Geister viel stärkeren Vorschub leisten als das freigebliebene Wahlrecht.

Der Staatssekretär des Reichsjustizamts, Herr v. Krause, hat in der Debatte ausgesprochen, daß wer im Abgeordnetenhause gegen das gleiche Wahlrecht stimme, der stelle sich damit außerhalb der Partei. Nicht ganz so klar ist die mit mehr als Dreiviertelmehrheit angenommene Entschliessung, die für das Handeln der Wahlrechtsgegner namens der Partei die Verantwortung ablehnt. Diese Entschliessung ist etwa das, was der Jurist eine lex imperfecta nennt, ein Gesetz, das zwar bestimmte Anweisungen gibt, aber nicht sagt, was geschieht, wenn sich einer nicht an sie hält. Für eine Partei, deren Leben so auf Kompromisse aufgebaut ist, wie das der nationalliberalen, ist die Entschliessung immerhin ein anerkenntswürdiger Schritt zur Entscheidung.

Zum Schluss sei nicht vergessen, dem Herrn Abgeordneten Lohmann Dank abzusprechen für sein Wort vom „natürlichen Wachstum der Sozialdemokratie“. Auch wir glauben an dieses natürliche Wachstum, das unserer Partei schwerere Verantwortungen auferlegt als irgendeiner anderen, glauben aber nicht, daß die Folgen, die sich aus ihm ergeben, durch irgendwelche Wahlrechtsbeschränkungen aufgehalten werden können. Auch der Baum, der im Manerplatz wurzelt, hat sein natürliches Wachstum, und mit ihm kommt unweigerlich der Tag, an dem die Mauer gesprengt wird. Das Wort des Herrn Abgeordneten Lohmann, zu dem seine sonstigen Ausführungen in starkem Widerspruch stehen, ist eine eindringliche Warnung vor jedem Versuch, noch einmal den Weg zu beschreiten, den das Antideutsch einer früheren Zeit den der Repressionen genannt hat. Schließlich triumphiert dennoch organische Fortentwicklung über mechanischen Druck.

Hertling zur Wahlrechtsfrage.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet in ihrer Sonntagsausgabe:

Der Reichskanzler hat gestern eine Anzahl Vertreter der Arbeitergewerkschaften zu einer Aussprache über die die Arbeiterschaft betreffenden Fragen empfangen. Wie aus dem Bericht der Besprechung mitgeteilt wird, äußerte der Kanzler sich bei dieser Gelegenheit zu den christlich-nationalen Arbeiterführern auch über die Wahlrechtsfrage. Er betonte, daß er mit dem preussischen Wahlrecht stehe und falle.

Vor einigen Tagen noch habe sich der Kaiser ihm gegenüber dahin geäußert, daß er nach wie vor unbedingt auf dem Boden der Wahlrechtsvorlage stehe. Anders lautende Gerüchte seien durchaus unzutreffend.

Die Arbeiterführer versicherten dem Kanzler, daß in der gesamten deutschen Arbeiterbewegung keinerlei Reigung über gar nicht besteht, in eine Streikbewegung einzutreten. Gerüchte, die anders lauteten, hätten in der Arbeiterbewegung keine Begründung. Sehr erwünscht sei allerdings, daß von den militärischen und Polizeibehörden der Arbeiterbewegung ein größeres Verständnis entgegengebracht werde.

Eine Sitzung des Staatsministeriums.

Keine Auflösung? — Andere Wege?!

Das preussische Staatsministerium ist nach einer Meldung des „Tag“ am Sonnabend zu einer Sitzung zusammengetreten, die mehrere Stunden währte. Es befaßte sich mit der Frage, wie sich die Regierung in dem Fall verhalten werde, daß die Einführung des gleichen Wahlrechts bei der am Dienstag beginnenden zweiten Lesung dieser Vorlagen abgelehnt werden sollte. Wie das Blatt weiter meldet, besteht nicht so sehr die Absicht, gegebenenfalls schon jetzt den Landtag aufzulösen und dadurch schwere innenpolitische Kämpfe heraufzubekommen; die Regierung ist vielmehr geneigt, auf anderem Wege dem Landtag zu zeigen, daß sie nach wie vor gesonnen ist, nicht von dem Boden der Regierungsvorlage zu weichen.

Der Zweck dieser Beratung, mag sie falsch oder richtig sein, ist offenbar, die Wahlrechtsgegner im Abgeordnetenhause zu ermutigen.

Der nationalliberale Preussentag

Dreiviertelmehrheit für das gleiche Wahlrecht.

Der preussische Parteitag der nationalliberalen Partei war sehr zahl besucht. Über 500 stimmberechtigte Vertreter füllten den Saal des Abgeordnetenhauses. Der Vizepräsident des Staatsministeriums, Dr. Friedberg, eröffnete die Verhandlungen mit einem kurzen Hinweis auf die große Bedeutung der zur Entscheidung stehenden Frage. Dann wurden Ministerialdirektor Busendorf, Professor Leidig, Justizrat Parviz und Landtagsabgeordneter Otto zu Vorsitzenden gewählt.

Unser Staatssekretär Schiffer als erster Referent begann mit dem Eingangsbericht, daß die nationalliberale Partei sich in einem

schweren Krisis befinde. Alle Instanzen haben bisher gesprochen und nun steht nur noch der Spruch des Kreuzentags. Er soll keinen illoyalen Druck ausüben, er soll aber die Zustimmung der Anhänger im Lande wiedergeben. Die heutige Ostmarkenmehrheit des Abgeordnetenhauses würde auch bei einem Pluralwahlrecht verschwinden. Wer sie aufrechterhalten will, muß jede durchgreifende Reform des Landtagswahlrechts ablehnen. Ein Wahlrecht, das auch in Zukunft wesentlich auf Vermögen und Besitz sich gründet, wäre aber keine durchgreifende Wahlreform. (Sehr richtig!) Der Krieg hat das Volk von Grund aus durchwühlt; ganz andere Forderungenstellungen und Wandlungsmöglichkeiten ergeben sich. Die Einführung des gleichen Wahlrechts ist nicht aufzuhalten. Sie kann wohl hinausgeschoben, aber nicht aufgehoben werden. (Zustimmung.) Deshalb ist jeder Widerstand nutzlos, weil die Politik die Punkte des Möglichen und Notwendigen, aber nicht die Politik des Unmöglichen ist. An dem Ergebnis von

Neuwahlen nach einer Auflösung

kann ja gar nicht gezweifelt werden. Der Wahlkampf würde eine Volksabstimmung über die Frage des gleichen Wahlrechts sein und mit überwiegender Mehrheit würde sich das Volk für das gleiche Wahlrecht entscheiden. (Zustimmung.) Was sich jetzt abspielt, ist nicht bloße Tagespolitik, sondern ist eine Entscheidung, die jedes Widerstandes spottet. Die Welle trägt, die läßt sich nicht lenken. Wer sich von der Woge nicht tragen läßt, über den geht sie hinweg. Bei der Entscheidung muß auch das Herz mitreden und das Vertrauen zum Volke. (Beifall.) Dann wird sich ausschlagen zum Heil des Vaterlandes. (Stürmischer Beifall.)

Landtagsabgeordneter Dr. Lohmann als Korreferent setzte die Gründe ausführlich auseinander, die gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen sprechen. In dem starker industrialisierten Preußen wird die Sozialdemokratie überwiegen. Die bisherigen Reichstagsverhandlungen haben keine allzu große Verschönerung der Parteiverhältnisse gezeigt. Man kann daher annehmen, daß nach Einführung des gleichen Wahlrechts das Abgeordnetenhause 112 Sozialdemokraten, 40 Polen, 36 Fortschrittler und 5 Dänen und Welfen aufweisen wird; an der absoluten Mehrheit würden diesen Parteien also noch nicht 20 Stimmen fehlen. Eine einzige Wahlperiode und

der natürliche Zuwachs der Sozialdemokratie

wird dem Radikalismus die absolute Mehrheit verschaffen. Man hofft die Regierung, daß der künftige Radikalismus nicht mehr so gefährlich sein wird. Auch ich hoffe, daß die Arbeiter bei der nationalen Wahl bleiben werden. Aber wie die Entwicklung der Sozialdemokratie nach dem Kriege vor sich gehen wird, ist doch mindestens zweifelhaft. Wer das gleiche Wahlrecht in Preußen will, muß es auch für die Gemeinden wollen. Auch da haben wir große Bedenken. Schließlich aber haben wir Bedenken wegen der polnischen Frage. Wäre die Nationalliberalen fast ausnahmslos gegen das gleiche Wahlrecht. Erst unter der Einwirkung des Krieges hat sich eine verschwindende Minderheit zum gleichen Wahlrecht durchgerungen. Jetzt soll uns nun die königliche Politik verpflichten, die im vorigen Jahr von der Landtagsfraktion allgemein für ein Unglück gehalten worden ist. Gewiß bietet ein Wahlkampf wenig Ansichten, in dem Krone und Volk zusammengehen; aber wer das gleiche Wahlrecht für verderblich hält, muß gleichwohl es bekämpfen. Aber natürlich hat dieser Widerstand nur solange einen Zweck, als er Aussicht auf Erfolg hat. Ein Widerstand nur des Widerstandes wegen wäre unfruchtbar. Die Regierung hat ja aber ihr letztes Wort noch nicht gesprochen. Je größer die Phalanx der Widerstrebenden ist, desto mehr wird die Regierung Konzessionen machen müssen. Daher sollte der Vertretertag nicht mit jubelnder Begeisterung sich für das gleiche Wahlrecht aussprechen, sondern tatsächlich besser ist es, es mehr gezwungen zu tun, weil man dann von der Regierung mehr herauszuschlagen kann. Fällt die Entscheidung zu unseren Ungunsten — Sie werden mich nicht wieder an dieser Stelle sehen. Aber was kommen, was kommen mag, einen starken gemäßigten Liberalismus braucht unser Vaterland auch in Zukunft. (Beifall und Nicken.)

In der überaus lebhaften und eingehenden Aussprache kamen Anhänger und Gegner des gleichen Wahlrechts zum Wort. Prof. Baumgarten-Siel erklärte die nationalliberale Partei würde unter den Schlitzen kommen, wenn sie in dieser grundlegenden Frage nicht klar Farbe bekann. Der Redner war bis zum Kriege ein Anhänger des Pluralwahlrechts. Nach den glänzenden Leistungen des Volkes aber ist er auf die andere Seite gegangen. Gerade nach Einführung des gleichen Wahlrechts ist eine Partei des gemäßigten Fortschritts notwendig. Wer jetzt veriaßt, besitzt kein Verständnis für das Gebot der Stunde. (Beifall.) — Landtagsabgeordneter Wenzel-Pöfen schilderte die Gefahren, die nach seiner Auffassung das gleiche Wahlrecht für die Ostmarkenpolitik mit sich bringen muß.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Wir wollen eine klare Entscheidung haben, damit bei etwaigen Neuwahlen uns nicht in die Schube geschoben werden kann, daß mit nationalliberalen Stimmen das gleiche Wahlrecht zu Fall gebracht sei. Wir brauchen

eine Plattform für den Wahlkampf.

Wir kennen die Bedenken, die gegen das gleiche Wahlrecht sprechen. Aber die Bedenken des Vorkneters hinsichtlich der Ostmarkenpolitik gelten genau so bei einem Pluralwahlrecht. Wäre er konsequent, dann müßte er, wie einzelne Mitglieder des Herrenhauses, jede Reform des Dreiklassenwahlrechts ablehnen. (Zuruf: Das will niemand.) Mit Recht hat Dr. Lohmann hervorgehoben, daß ein Widerstand zwecklos ist, der keine Aussicht auf Erfolg hat. Das ist in der Tat der Kernpunkt. Weiß Dr. Lohmann ein Mittel zur Ueberwindung der Widerstände, er möge es sagen. (Dr. Lohmann: Am Dienstag!) Dem im Abgeordnetenhause etwas eine Dreiviertelmehrheit

gegen das gleiche Wahlrecht wäre, der Widerstand hätte vielleicht Erfolg. Aber

die Entscheidung hängt doch höchstens an 30 Stimmen, (so daß die Regierung nur 16 Stimmen an der Mehrheit fehlen. Dieser Widerstand ist unter allen Umständen unhaltbar. (Zustimmung.) Wer etwa glaubt, daß an maßgebenden Stellen vielleicht noch ein Umschwung eintreten könnte, wenn man einem solchen Willen sich gegenüberstellt, dem sei gesagt, daß diese Überzeugung von mir nicht geteilt wird. (Hör! Hör!) Mehr kann ich darüber nicht sagen. Andere glauben: Zeit gewonnen, alles gewonnen; sie glauben nicht an eine Auflösung des Abgeordnetenhauses. Gewiß wäre eine Auflösung nicht wünschenswert, aber möglich ist die Auflösung eines Parlaments auch im Kriege. Ich warne daher, mit solchen Auffassungen zu rechnen. Dr. Lohmann hat selbst alle Folgerungen gezogen, wenn sein Widerstand unhaltbar sein würde. Ich behaupte, daß es so ist und ich bitte daher eine klare Entscheidung zu fällen. (Lebhafter Beifall.)

Gewerkschaftssekretär Streiter-Berlin erklärte unter lebhaftem Beifall, daß nicht nur die sozialdemokratischen, sondern auch die nationalliberalen Arbeiter für das gleiche Wahlrecht sind.

Landtagsabgeordneter Baumeister-Eberfeld sprach „aus völkischen Gründen“ gegen das gleiche Wahlrecht; ebenso Justizrat Wagner, ein führendes Mitglied des Ostmarkenvereins.

Staatssekretär des Reichsjustizamts v. Krause: Unrichtig ist, daß die Wahlrechtsfrage erst durch die königliche Vorbescheid ins Rollen gekommen ist. Die Frage war lange im Fluß, die Vorbescheid hat ihr nur einen kräftigen Aufwind gegeben. Mit dem alten Preußen des Rücktritts ist es allerdings vorbei. Aber nach der Entscheidung des Freuentages noch gegen das gleiche Wahlrecht stimmt, stellt sich damit außerhalb der Partei. (Großer Beifall und Juchzen.)

Justizrat Marwin-Berlin wandte sich gegen die Bedenken hinsichtlich der Ostmarkenpolitik.

Reichstagsabgeordneter Niefer: Das Volk hat nicht nur Interesse für Wahl und Steuern; an der Front beweist es jetzt seinen Idealismus. (Großer Beifall.) Die Rücksicht auf Brot und Steuern ist vielmehr auf der Gegenseite vorhanden. (Zustimmung.) In die schlimmen Folgen des gleichen Wahlrechts glaube ich nicht. Man kann nicht Windfänger konstruieren, wenn ein Sturm über die Welt geht. (Beifall.) Stürzwert und Hindewert helfen nicht. Unser politisches Ideal ist nicht das Dreiklassenparlament. Das gilt für alle Männer, die nicht nur national, sondern auch liberal denken. (Beifall.) In Preußen gab es bisher nicht nur ein Abgeordnetenhaus und ein Herrenhaus, sondern in Westfalen zwei Herrenhäuser, von denen man nur bezweifeln konnte, welches mehr nach rechts gerichtet ist. (Sehr laut!) Wenn wir unsere Männer in der Regierung jetzt im Stich lassen würden, es wäre nutzlos. Preußen und Deutschlands Zukunft kann nicht erschüttert werden. (Beifall.)

Reichs- und Landtagsabgeordneter Girsch-Essen: Wer auch jetzt noch gegen das gleiche Wahlrecht stimmt, stellt sich nicht außerhalb der Partei, sondern stimmt nur gegen eine Forderung der Partei, denn der Freuentag ist nicht die Partei. (Zustimmung und Widerspruch.) Man hätte mit seiner Einberufung bis nach der Entscheidung warten sollen. (Lachen.) Wer gegen das gleiche Wahlrecht ist, muß es bekämpfen und darf nicht aus schwärmerischen Empfindungen heraus dafür stimmen. Wer für das gleiche Wahlrecht stimmt, versperrt jeden Weg zu einer Verfassungsänderung mit der Regierung. Wir lehnen die Verantwortung ab für das Unheil, das kommen muß. (Beifall und Lachen.)

Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann: Man täusche sich nicht; es handelt sich nicht nur um eine Tagesströmung. Das gleiche Wahlrecht ist nicht aufzuhalten. Befehlet mit dem Odium seiner Ablehnung, würden keine zehn Nationalliberalen in den Reichstag zurückkehren. Und dann wehe, dreimal wehe der Wirtschaftspolitik in der Heiergangszeit. (Zustimmung.) Seit Jahren kämpfen wir gegen die konterrevolutionäre Vorherrschaft in Preußen. Jetzt ist Gelegenheit, sie zu brechen. Auf vielen Gebieten preussischer Politik ist eine klare Linie sehr erwünscht. Der Reichstag hat seine Pflicht getan. Heute er mandamental verlegt hat, so lag es an dem schwachen Bethmann Hollweg. Wer in einem starken und größeren Deutschland eine große nationalliberale Partei will, muß für das gleiche Wahlrecht stimmen.

Damit schloß die Aussprache. In seinem Schlusswort bezeichnete es Landtagsabgeordneter Dr. Lohmann für ganz unmöglich, daß die Regierung im Kriege der Wahlrechtsfrage wegen das Abgeordnetenhaus auflösen könnte.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Dagegen muß ich Verwahrung einlegen, das ist eine ganz einseitige Behauptung, die nur Verwirrung in die Partei tragen kann. Man darf nicht den Anschein erwecken, daß eine Auflösung niemals in Frage kommen könnte.

Nach einem kurzen Schlusswort des Unterstaatssekretärs Schiffer, in dem er noch einmal auf die Wichtigkeit der Abstimmung hinwies, wurde folgender Antrag mit 419 gegen 129 Stimmen angenommen:

„Der Vertretertag stellt sich auf den Boden des gleichen Wahlrechts für Preußen, das er als eine staatsnotwendigkeit erachtet. Er erwartet deshalb, daß die nationalliberalen Mitglieder des Abgeordnetenhauses dem gleichen Wahlrecht im Rahmen der Regierungsvorlage zustimmen. Er lehnt die Verantwortung dafür ab, wenn nationalliberale Abgeordnete nach der Entscheidung des Freuentages noch durch ihre Abstimmung den Rücksicht gegen das gleiche Wahlrecht herbeiführen sollten.“

Anträge gegen das gleiche Wahlrecht wurden mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die oben genannte Resolution enthält ursprünglich den Satz, daß bei Neuwahlen nur solche Kandidaten als Parteikandidaten anerkannt werden können, welche für die Einführung des gleichen Wahlrechts eintreten. Dieser Satz wurde aus technischen Gründen von den Antragstellern unter Beifall der Versammlung wieder zurückgezogen.

Drei Kilometer vor der Südmauer Yperns.

Telegramm unseres Kriegsberichterstatters.

Standort nördlich Werwicq, 26. April, mittags.

Während der linken Flügel der Armee des Generals Sigt v. Armin gestern beide Kluppen des Kemmelberges und die dahinter liegenden stark befestigten Sättel weit überrannte, hat die westlich anschließende Gruppe, bei der ich eben eintreffe, zwischen dem Kemmel und dem Kanalkie von Sollebecke die Linien drohend siegreich bis drei Kilometer von der südlichen Festungsmauer von Ypern herangedrückt. Die Kämpfe spielten sich auf den Hügeln ab, deren Wälder zum Teil durch Granaten größten Kalibers aus der Luft her gesprengt waren und deren Riesentrater von dem Engländer erbittert verteidigt wurden. Das Zentrum des blutigen Ringens bildete gestern St. Cloi, das erst 11 Uhr abends fiel, nachdem die südlich der Dreifach liegenden drei Minentrichter wie die nördlich umgrenzenden Höhen erstürmt waren. Bis heute morgen hatte die hiesige Schlachtfeld die dritte und letzte englische Stellung am linken Flügel ganz, in der Mitte die Richtung des Didebusjasses zum Teil durchbrochen. Zwischen Croote, Dienhart und dem Kanalkie kämpften wir in den

Rückzug der Engländer vor Ypern. — Doppelhöhe 60 wieder besetzt. — Vergebliche feindliche Gegenangriffe auf den Kemmel. — Loker erstürmt. — Tabastehns in Finnland genommen.

Amlich. Großes Hauptquartier, 28. April 1918. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem flandrischen Kampffeld wich der Feind in nördliche Linien aus. Südlich von Langemarck ging er über den Steenbach, östlich von Ypern in seine Stellungen vom Herbst 1914, bei Billebecke über diese hinaus zurück. In hartem Nachdrängen zwangen wir den Feind vielfach zum Kampf. Hierbei nahmen wir Belgier und mehrere hundert Engländer gefangen. Wir erreichten die Linie: südwestlich von Langemarck—Westufer des Steenbach—Verlorenhoef—Gosse—Billebecke—Boormezele. Die in vergangenen Jahren schwer umkämpfte Doppelhöhe 60 ist in unserem Besitz.

Starke Artillerietätigkeit im Abschnitt des Kemmel. Nach Abwehr der französischen am Abend des 26. April gegen den Westhang des Berges geführten Gegenangriffe ließ unsere Infanterie aus eigenem Entschluß dem zurückgeschlagenen Feinde nach und erstürmte den Ort Loker.

Auf dem Nordufer der Lys scheiterten feindliche Vorstöße. Hierbei nahmen wir ebenso wie bei einer erfolgreichen Unternehmung nordwestlich von Hestubert Engländer gefangen. Bei Givendy wurden starke englische Angriffe abgewiesen.

Auf dem Schlachtfeld zu beiden Seiten der Somme blieb die Gefechtsintensität auf Erkundungen und zeitweilig ausbleibenden Artilleriekampf beschränkt. Am Hangard-Walde brach ein feindlicher Teilangriff zusammen.

Osten.

Finnland.

General Graf von der Goltz hat Tabastehns nach Kampf genommen. Beim Einzuge in die Stadt wurden unsere Truppen von der Bevölkerung begeistert begrüßt.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubaudorf.

Abendbericht.

Berlin, 28. April 1918. Amlich. Abends. Von den Schlachtfeldern nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 28. April 1918. Amlich wird verlautbart: An der italienischen Front keine größeren Kampfhandlungen.

Der Chef des Generalstabes.

Ypern im Süden schützenden starken Riegeln. Bei wechselndem Wetter, das den unter feindlichem Angriffstfeuer

gleich einem Vulkan rauchenden Kemmelberg nur selten aus den Wolken hervortreten läßt, ist eben ein neuer Angriff aus dem Tale des Wischardebaches in Richtung Boormezele im Gange.

Die Niederzwingung des Kemmelberges hat unter den Truppen, die alle den lästigen Beobachtungs- und Feuerpunkt selber kannten und den Berg sozusagen mit persönlichem Haß verfolgten, befreiende Genugtuung ausgelöst. Französische Gefangene, unter denen sich das Regiment 22 fast vollständig hinter unseren Linien versammelt, sprechen sich pessimistisch über die bedrohliche Lage aus, die General Goltz zu immer weitergehender Verzettelung seiner Reserven zwingt. Die Einwohner des besetzten belgisch-französischen Grenzgebietes umlagern die Gefangenenmehrfachstellen, in denen seit zwei Jahren zum erstenmal wieder blaue Franzosenuniformen lagern.

Dr. Adolf Köster, Kriegsberichterstatter.

Englischer Heeresbericht vom 27. April. In der Nacht griff der Feind einen unserer Posten bei Hestubert an, den er gefangen nahm. Ein anderer östlicher Angriff gegen unsere Stellungen westlich von Werwicq brach in unserer Maschinengewehr- und Geschützfeuer zusammen, ohne unsere Gräben zu erreichen. Von kleineren Gefechten in den Kampfabschnitten und beiderseitiger Artillerietätigkeit abgesehen, verlief der Tag an der britischen Front verhältnismäßig ruhig. Feindliche Infanterieansammlungen östlich Willers Beetonneuz wurden wirksam von unserer Artillerie beschossen.

Die Kämpfe am 27. April.

Berlin, 28. April. Nach Abweisen der feindlichen Gegenangriffe führte am Abend des 26. April unser Gegenstoß uns über die frühere Linie hinaus, so daß in schnellem Zufließen aus eigenem Entschluß der Truppe der Ort Loker und das südlich gelegene Hofpitz östlich des Ortes genommen und der Gegner vom hohen Rücken südwestlich Lokershof geworfen wurde. Im Laufe des Vormittags lag von Boormezele bei Bailleur vorübergehend starkes feindliches Feuer auf unseren Linien. Unter dem Druck unserer gestrigen Erfolge und nach Verlust des Ebene weichen beherrschenden Kemmel begann der Gegner im Yperndogen, von unseren Truppen scharf verfolgt und zum Teil zum Kampfe gezwungen, seit dem 27. April, 6 Uhr vormittags, zu weichen. Die Ueberwindung der Steenbach-Linie südlich Langemarck, führte zu Kahlkämpfen und zu für den Feind verlustreichen Gegenangriffen. Im Laufe des Abends des 27. April wurde das an der Straße Wischardebach, dicht nördlich des Kanalkies, liegende Schloß sowie der Ort Boormezele gestürmt. An beiden Stellen hatte der Feind starken Widerstand geleistet. Er erlitt dementsprechend schwere blutige Verluste und ließ mehrere hundert Gefangene in unsere Hand.

Englischer Heeresbericht vom 27. April morgens. An der ganzen Schlachtfeldfront nördlich von der Lys während der Nacht auf beiden Seiten starke Artillerietätigkeit. Der Kampf war auf diesem Schlachtfeld gestern sehr heftig, indem der Feind wiederholte entschlossene Versuche machte, seinen Gewinn vom vorhergehenden Tage auszunutzen. Nachdem der Kampf viele Stunden hin- und herwogte, wurde das Vordringen des Feindes an allen Stellen aufgehalten. Seine Truppen erlitten im Verlaufe über vielen erfolglosen Angriffe schwere Verluste. Die feindlichen Angriffe auf die französischen Stellungen von Locre bis Racelle wurden mit äußerster Heftigkeit vorgetrieben, und nachdem drei Angriffe mit großen Verlusten für ihn abgeschlagen worden waren, gelang es seinen Truppen beim vierten Angriff das Dorf Locre zu gewinnen. Am Abend machten unsere Verbündeten einen Gegenangriff, beztrieben den Feind und ge-

wannen das Dorf zurück. An anderen Punkten wurden die feindlichen Angriffe abgewiesen. Ein heftiger Kampf fand auch nördlich des Dorfes Kemmel und in der Nähe von Boormezele statt, welches nach langem Ringen in den Händen unserer Truppen blieb. Am Nachmittag griff der Feind unsere Stellungen im Wald südwestlich von Boormezele wieder heftig an und wurde vollständig zurückgeworfen. Einige hundert Gefangene wurden von uns in diesem Gefecht gemacht. In einem östlichen Gefecht machten wir auch gestern nachmittag auf dem Schlachtfeld an der Lys in der Nähe von Givendy 40 Gefangene. Südlich von der Somme dauerte der Kampf während des Nachmittags und Abends zum Vorteil der verbündeten Truppen in dem Abschnitt von Hangard—Willers Beetonneuz an. Unsere Schlachtlinie wurde an einigen Punkten wieder vorgezogen und der feindliche Angriff mit Tanks am frühen Nachmittag durch unser Feuer gebrochen. Dieser konnte sich nicht entwickeln. Die Anzahl der auf diesem Kampfplatze von uns gemachten Gefangenen übersteigt 900. Erfolgsreiche Streifzüge wurden von uns während der Nacht in der Nähe von Arleuz und im Abschnitt von Bieng Berquin ausgeführt. Wir machten 20 Gefangene. Von der übrigen Front ist nichts zu berichten.

Das ukrainische Wirtschaftsabkommen perfekt.

Berlin, 28. April. Die deutsche Delegation in Kiew, die die Verhandlungen mit der ukrainischen Volksrepublik über den beiderseitigen Warenverkehr zu führen hatte, hat ihre Arbeiten abgeschlossen, nachdem am 23. April das Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits unterzeichnet worden ist.

Der Vertrag besteht aus einer Reihe von Einzelabkommen und Vereinbarungen, die für Deutschland und Oesterreich-Ungarn gemeinsam abgeschlossen worden sind.

Das wichtigste Abkommen ist das über die Lieferung von Getreide, Hülsenfrüchten, Futtermitteln und Sämereien. Wegen dieser Besüge wurde zunächst eine Vereinbarung über die Organisation der Ausbringung in der Ukraine und sodann ein Vertrag über die Lieferungen abgeschlossen.

Die Ausbringung erfolgt durch eine Organisation, die unter dem Namen Staatsgetreidebureau bereits ins Leben getreten ist und aus Angehörigen der landwirtschaftlichen Börsen, aus Pächtern und Besitzern von Mühlen, sowie aus landwirtschaftlichen Genossenschaften besteht. Von den übrigen Abkommen sind hervorzuheben diejenigen über Lieferung von Eiern, Schlachtvieh und Eisenwaren. Für den Bezug von Kartoffeln, Gemüse, Trockenfleisch, Sauerkraut und Zwiebeln wurde den Mittelmächten der freie Einlass zugestanden.

Was Finnland nun fehlt.

Kopenhagen, 27. April. „Berlingske Tidende“ meldet: Aus Helsingfors wird gemeldet, daß die Stimmung für die Einführung der Monarchie in Finnland sich immer weiter verbreitet. Die allgemeine Wehrpflicht soll baldigst in Finnland eingeführt werden.

Nach „Svenska Dagbladet“ sind es die Schweden und Esten, die als Monarchisten auftreten.

Stockholm, 28. April. Das finnische Hauptquartier meldet: Willmanstrand ist von unserer Truppe genommen. Der Widerstand dort ist durch eine unglückliche Panzerbegegnung von der Festung Wiborg abgeschnitten.

Seekriegsgemeinschaft der Entente.

Paris, 28. April. (Gavas.) Der Marineminister der Alliierten beruht seine Arbeiten. Er traf wichtige Entscheidungen, die das Zusammenarbeiten der Alliierten enger knüpfen und ihre Interaktionen zur See kräftiger gestalten sollen.

Ein holländischer Gegenzug.

Ausfuhrverbot aus Ostindien.

New York, 27. April. (Reuter.) Der Washingtoner Korrespondent der Associated Press drückt, daß das bereits mitgeteilte holländische Ausfuhrverbot für Holländisch-Ostindien am 22. April in Kraft getreten ist. Die Mittelmeerflotte, die heute hier eintraf, hat in amerikanischen Breiten Bestrebungen festzustellen. Besonders unangenehm wird das Verbot der Ausfuhr von Zinn und Zinnwaren empfunden. Die Vereinigten Staaten haben im vergangenen Jahre in Holländisch-Ostindien ungefähr 16 000 Tonnen Zinn gekauft, die für die Munitionserzeugung und für die Fabrikation von Konserven benötigen. Sie werden wahrscheinlich aus Bolivia Zinn zu bekommen suchen.

Amsterdam, 27. April. Die Niederländische Telegraphen-Agentur meldet aus dem Haag, daß Schiffe gehen wurden, um für die niederländischen Schiffe Hollandia, Java und Stella, die dazu ausersehen sind, aus den Vereinigten Staaten und aus Argentinien Brotgetreide oder Mehl einzuführen, Ladungen anzulassen. Man kann daraus den Schluß ziehen, daß diese Schiffe bald auslaufen und daß drei gleichartige Schiffe aus Holland abgehen werden, um weiteres Getreide einzunehmen.

Deutschland und Holland.

Amsterdam, 28. April. Die Spannung infolge der Krise in den Unterhandlungen zwischen Holland und Deutschland ist jetzt noch tendenziöse Gerüchte und Vermutungen eine große Rolle spielen. Die Presse dementiert das Gerücht, als sollte Deutschland ein Ultimatum an Holland gestellt haben. Einem hiesigen Blatte zufolge hat Deutschland allein zu erkennen gegeben, auf seine Wünsche sobald als möglich eine Antwort zu erhalten. Diese Antwort kann im Laufe der Woche erwartet werden. Wie aber die Antwort ausfallen wird, ist nicht zu sagen. „Nieuws van den Dag“ schlägt in einem Leitartikel seiner heutigen Morgenausgabe vor, daß Holland ein Schiedsgericht vorschlagen solle. Nach Meldungen aus dem Haag an das „Handelsblad“ laufen dort Gerüchte über einen bevorstehenden Rücktritt des Sabonets in Zusammenhang mit den Beziehungen Hollands zu Deutschland. Der Korrespondent des Blattes hält diese Gerüchte nicht für ganz grundlos.

Amsterdam, 28. April. Das holländische Korrespondenzbureau meldet: Der niederländische Gesandte in Berlin, Baron Govers, kehrt heute morgen auf seinen Posten zurück.

Kein Frauenstimmrecht in Schweden.

Stockholm, 28. April. Der Vorschlag zur Einführung des Frauenstimmrechts in Schweden wurde gestern in der

Zweiten Kammer des Reichstages mit 120 gegen 80 Stimmen angenommen. Von der Ersten Kammer jedoch mit 62 gegen 36 Stimmen abgelehnt. Dadurch ist der Antrag gescheitert.

Lloyd Georges Kriegswille.

Kein Raum für Verständigung.

London, 28. April. In einem Vortrag zu seinen gesammelten Kriegsvorträgen sagt Lloyd George: „Ich habe niemals geglaubt, daß der Krieg ein kurzer Krieg sein würde, oder daß wir in irgendeiner geheimnisvollen Weise durch Verhandlung oder Verständigung Europa von der höllischen Militärdiktatur befreien könnten. Die Ereignisse der letzten Wochen müssen es jedem denkenden Menschen deutlich gezeigt haben, daß es fernherin keinen Raum für eine Verständigung zwischen den Idealen gibt, für die wir und für die unsere Feinde kämpfen. Demokratie und Autokratie ringen auf den Tod miteinander und die eine oder die andere wird ihre Macht über die Menschheit besiegeln. Ich zweifle nicht, daß die Freiheit triumphieren wird. Aber ob sie bald triumphieren wird oder erst nach den letzten, höchsten Anstrengungen in den nächsten Monaten oder ob es ein lang hinausgezogener Todeskampf sein wird, hängt von der Kraft der Selbstaufopferung ab, mit der die Kinder der Freiheit und namentlich jene hinter der Front sich dem Kampfe hingeben.“

Auch die Engländer wollen Kriegsschädigung.

Der Wirtschaftskrieg nach dem Kriege.

London, 28. April. Die Kommission für Wirtschafts- und Handelspolitik sprach als ihre Ansicht aus, daß der rasche Wiederaufbau der englischen Industrie und der englischen Handelsmarine vor allem davon abhängig ist, in welchem Umfange von den feindlichen Ländern Entschädigungen gefordert werden können. Dies sollte so vollständig wie möglich geschehen.

Die hauptsächlichsten Industrien sollten unter allen Umständen und mit allen Mitteln gehalten werden. Den britischen überseeischen Besitzungen und Dominationen soll eine Vorkzugsbehandlung eingeräumt werden. Betreffs der Handelsbeziehungen zu den jetzigen Verbündeten und Neutralen ist die Kündigung der jetzigen Handelsverträge unnötig und unerwünscht. Der Ausfuhr empfiehlt, daß die Einfuhr von Waren feindlichen Ursprungs von besonderer Erlaubnis abhängig gemacht und daß Subventionen für mindestens zwölf Monate nach dem Kriege verboten werden.

Gompers' Kreuzzug.

Amsterdam, 28. April. Aus Ottawa wird gemeldet: Gompers, der Präsident der Amerikanischen Arbeiter-Organisation, hat vor den vereinigten Kammern des kanadischen Parlaments eine Rede gehalten. Er nannte darin den Krieg den bewundernswürdigsten Kreuzzug (1), der jemals von Menschen unternommen worden sei. Er endigte mit der Erklärung, daß die Völker Kanadas und der Vereinigten Staaten jetzt entschlossen seien, im Kriege bis zum Ende durchzuhalten und keinen Frieden zu schließen, der die Karte Europas, wie sie heute bestünde, zur Grundlage haben würde.

Keine Maifeier in Frankreich.

Paris, 28. April. Bis die „Raux Korrespondenz“, laut „Frankf. Zeitung“, aus Paris meldet, erzählt der Verband der Gewerkschaften des Seine-Departements eine Kundgebung, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß es mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse unmöglich sei, den 1. Mai durch eine allgemeine Arbeitseinstellung zu feiern.

Windischgrätz' Demissionsgesuch abgelehnt.

Wien, 28. April. (Meldung des Wiener A. N. Teleg.-Korresp.-Bureaus.) Der Kaiser richtete an den Präsidenten des Herrenhauses Fürsten Windischgrätz ein Handschreiben, worin er in Würdigung der vorbildlichen Treue und Ergebenheit und der Notwendigkeit des Verbleibens des Fürsten auf seinem Posten in dieser schweren Zeit dem Ansuchen des Fürsten um Enthebung von den Obliegenheiten eines Herrenhauspräsidenten nicht willfährt.

Die Unruhen in Krakau.

Krakau ist, nach einer Zuschrift, die wir von dort erhalten, seit Wochen von jeder Nahrungsmittelzufuhr abgeschnitten. Es gab schon wiederholt kleinere Unruhen, bei denen polnische und jüdische Geschäfte geplündert wurden. Zuletzt kam es infolge der Agitation der „National-Demokraten“ zu einer gewalttätigen Bewegung gegen die Juden, die am 16. April begann. In manchen Bezirken wurden die jüdischen Geschäfte systematisch demoliert und Juden ohne Unterschied des Geschlechts auf der Straße furchtbar mißhandelt. Ein 15-jähriges Mann wurde dabei getötet.

Folksliedern haben diese Ausschreitungen nicht nur nicht verhindert, sondern zum Teil begünstigt haben. Einige von ihnen wurden wegen Teilnahme am Pogrom von einem Offizier verhaftet. Die Zensur verhinderte, daß die Presse die Bevölkerung beruhigte. Ein Kurierbrief des Erzbischofs, Fürstbischof Sapieha, der den gleichen Zweck verfolgte, wurde von der Zensur beschlagnahmt. Trotzdem in den Kirchen verlesen und hatte gute Wirkungen. Schließlich griff das Militär ein, Majestätsbeleidigungen wurden aufgeföhren, und bei verschiedenen Zusammenstößen gab es einige Tote.

Das Lokalkomitee der jüdisch-sozialdemokratischen Partei erließ einen Aufruf, in dem es zum Schluß heißt:

Kämpft gemeinsam mit uns gegen alle die Ursachen, welche die Schuld an dieser Katastrophe der ganzen Bevölkerung tragen. Protestieren wir gegen die Mißwirtschaft der Regierung, bekämpfen wir den Lebensmittelmangel in jeder Form, so in unserer, wie auch in euren Reihen, aber vernichtet und verfolgt nicht ohne jeden Zweck und Sinn die jüdische, ebenso wie die unjüdische Bevölkerung — und dann werden wir unser Ziel erreichen: Brot, Frieden und Freiheit.

Wir erwarten einen Protest der ganzen polnischen Nation gegen die Mäuse der mörderischen Elemente.

Der Aufruf mußte heimlich des Nachts an die Mauern geklebt werden und wurde am Morgen wieder entfernt!

Deutsche Verteidigung der Krakauer Judenheke.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt folgende Notiz: „Die „Jüdische Rundschau“ spricht sehr ausführlich und wortreich von Pogromen in Galizien. Den Höhepunkt bildet die eingehende Schilderung von dem Töten eines 15-jährigen Kasan-

juden“, der „fast erschlagen wurde“. Er ist nach dem „Bericht eines Augenzeugen“ „Mißhandlung gekostet“. Die amtliche Sektion ergab als natürliche Todesursache: Herzkrankheit, verminderte Widerstandsfähigkeit einem in einem Anfall erlittenen Stoß gegenüber.“

Der arme Jude ist also wirklich nicht geradezu totgeschlagen worden, er hat nur soviel Schläge erhalten, daß sein krankes Herz es nicht aushält. Können die braven Krakauer Pogromisten etwas dafür, daß ein Jude herzkrank ist? Die Verteidigung, die das konservativ-agrarische Blatt ihnen angedeihen läßt, eröffnet tiefe Einsichten in den Gemütszustand der hinter ihm stehenden Kreise.

Die Gewerkschafter im Reichswirtschaftsamt

Vorläufig bleibt die Protration.

Die „Germania“ meldet:

Am Freitag, den 28. April, fand im Reichswirtschaftsamt eine Besprechung mit den Vertretern der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen statt über Arbeiterfragen der Rüstungsindustrie. Den Vorsitz führte der Staatssekretär von Stein. Es fand ein lebhafter Meinungsaustausch statt über vorgebrachte Beschwerden, besonders auch über die Ernährungsfragen. Bezüglich der letzteren konnte Unterstaatssekretär Müller vom Kriegsernährungsamt die beruhigende Mitteilung machen, daß von einer Herabsetzung der Protration vorläufig Abstand genommen werden könnte. Des Weiteren wurden in der Besprechung die sozialpolitischen Vorlagen im Reichstage und die Wahlrechtsvorlage berührt.

Am Anschließ daran fand am Tage darauf die Besprechung mit dem Reichskanzler statt, über die wir an anderer Stelle berichten.

Die Zukunft des deutschen Baumwollhandels.

In Bremen haben sich am 20. April deutsche Baumwollfirmen zu einer Gesellschaft zusammengeschlossen, die den Zweck verfolgt, der Europäischen Handelsgesellschaft m. b. H. in Bremen durch einen Beitritt bei dem Einkauf von Rohbaumwolle in Rußland, Rumänien und den angrenzenden Ländern beratend zur Seite zu stehen, um die Geschäftsbeziehungen und Geschäftsbeziehungen des Baumwollhandels mitzubringen zu verbessern. Dieser Gesellschaft können diejenigen deutschen Firmen beitreten, welche durchschnittlich jährlich in ihren drei letzten Geschäftsjahren vor dem Kriege mindestens 10 000 Ballen Rohbaumwolle für eigene Rechnung in Deutschland eingeführt oder zwecks Einfuhr nach Deutschland den Verkauf von mindestens 20 000 Ballen Rohbaumwolle in ihrer Eigenschaft als in Deutschland ansässige Agenten ausländischer Häuser vermittelt haben.

Bei der Verteilung der Baumwolle wird wohl auch das Reich mitzureden haben.

Der letzte Ort des Absolutismus. Im Verlauf einer Darstellung der Nachfolgefrage in Mecklenburg erklärt die „Kreuzzeitung“ folgendes: „Mecklenburg ist kein Staat im Sinne der neueren staatsrechtlichen Schule, sondern ein Land, das der Großherzog absolut regiert, soweit er nicht durch Hausverträge und Hausrecht gebunden und durch die Rechte der Stände beschränkt ist.“ — Somit ist Deutsch-Mecklenburg ein Staat, wie er in der ganzen Welt nicht mehr existiert. Dürfen wir auf ihn noch stolz sein?

Deutsch-österreichische Kohlenabkommen. Die Wiener Blätter melden, sind die Verhandlungen über die Erneuerung des Kohlenabkommens zwischen Österreich und Deutschland zu einem positiven Abschluß gebracht worden. Es wurde das im Januar d. J. gezeichnete Lieferabkommen, das noch für Monat Mai gilt, auf die Dauer von vier Monaten, also bis Ende September, verlängert. Ebenso wurden Verhandlungen über die Erneuerung des Lieferabkommens, das sich auf die österreichischen Petroleumlieferungen nach Deutschland bezieht, zum Abschluß gebracht.

Charlottenburger Schillertheater: „Ein Erfolg“.

Lustspiel von Paul Lindau.

Das Lustspiel stammt aus der Mitte der achtziger Jahre, wo die Nachahmung des Pariser Salon- und Konversationsstückes noch als Belästigung modern-fortschrittlicher literarischer Tendenzen galt. Von der Gewandtheit, die der wichtige und damals auch journalistisch äußerst einflussreiche Autor in manchen seiner früheren Theaterarbeiten bewiesen, ist hier erst wenig zu spüren. Das bühnen-Gesellschaftslied, das er der dünnen Fabel beizumischen sucht, bleibt in neuen Unbehilflichkeiten stecken. Das zeigt sich in der Zeichnung der Charaktere, mit denen ein tüchtig eifersüchtiger Baron den verhassten Nebenbuhler bei dem unworbenen Mädchen auszusuchen und dessen Komidie bei der Premiere zu Fall zu bringen sucht, wie in der Figur des lumpigen Festsalon-Reporters, der in den Couloirs herumläuft, um von unzufriedenen Zuschauern allerhand Bosheiten für seine Besprechung zu ergattern, und in der literaturbegeisterten Gesellschaftsdame, die, auf Schopenhauer, Wagner, Mallarmé eingeschwohren, sich dabei mit ihrem ewigen habmüßigenen Kalchylisieren im Fahrwasser Strahwinkler Posenreiherei bewegt. Dem blaubbülgigen Intriganten wird nach Gebühr mitgespielt. Der andere, der als Dichter erst ausgezögelt und dann im Schlafhaft drohendem applaudierten Redakteur, der seine Liebesanträge mit Eichenborstchen Versen auszu schmücken pflegt, führt die Braut heim. — Die Lotte und frische Aufführung, in die sich namentlich die Damen Gusti Becker und Eise Waja und die Herren Paetsche, Mangel, Witz verdient machten, verholp dem Stückchen bei allen seinen Schwächen zu sehr freundlicher Aufnahme, die sich, als der greise Verfasser selber auf der Bühne erschien, zu einer Ovation für diesen steigerte. dt.

Letzte Nachrichten.

1300 Meter vor Ipern.

Berlin, 28. April. (B. L. Z.) Von südlich Langemarck bis zum Kanal Ipern-Romen fließen die ständig vorrückenden deutschen Patrouillen in den frühen Morgenstunden des 27. fest, daß der Gegner begann, seine Stellungen zu räumen. Sofort drängte die deutsche Infanterie scharf nach und zwang dadurch den Feind zu festigen, für ihn sehr verlustreichen Gefechten. St. Julien, Frezenberg, Jilabefse wurden genommen. Die Schwere des Jilabefsees wurde erreicht. Die Deutschen setzen dort nur noch etwa 1300 Meter von der Stadtmauer von Ipern entfernt.

Der Tod im Redar.

Eggingen, 28. April. Nach Beendigung eines Fußballspiels stürzte heute nachmittag auf dem Redar oberhalb Eggingen eine mit mehr als 60 Personen besetzte Fähre um; sämtliche Insassen stürzten ins Wasser. Die meisten wurden gerettet; die Zahl der Vermissten steht noch nicht fest. Sie wird auf 15 bis 20 geschätzt. Drei Tote sind bis jetzt gestorben.

Groß-Berlin

Stadtverordnetenerwahl im 16. Bezirk.

Die Stadtverordnetenerwahl im 16. Kommunalwahlbezirk, die am Sonntag stattfand, ergab folgendes Resultat. Es wurden bei einer Gesamtzahl von 9419 eingeschriebenen Wählern, von denen wohl die Hälfte im Frede oder verzogen waren, insgesamt 1807 Stimmen abgegeben. Davon erhielten

Links (Soz.) . . . 841 Stimmen

Rechts (N. Soz.) . . . 966

Barthen ist also gewählt.

Wenn die Unabhängigen einen Vorsprung von 125 Stimmen erzielen konnten, so ist das in erster Linie die Folge des von ihnen geübten unerhörten Wahlterrorismus, der alles bisher Dagewesene hinter sich läßt. Die uns berichteten Eigenen spotten jeder Beschreibung. Die Stimmzettelverleiher der Sozialdemokratie wurden von den haufenweise herbeigeeilten Unabhängigen beschimpft und mit Tätlichkeiten bedroht, die Wähler, sobald sie das Wahllokal betraten, von den Helfern der Unabhängigen umdrängt und eingeschüchert, die ihnen die für Links lautenden Stimmzettel aus der Hand rissen und ihnen die Urnen aufdrängten mit der Behauptung, daß dies „die allein richtigen“ oder „allein gültigen“ wären. Da in dem Bezirk die Zahl der politisch ungeschulten Wähler groß ist, so hatte dies Verfahren in einer Reihe von Fällen den beabsichtigten Erfolg. An der Spitze des ganzen Treibens der Unabhängigen standen der Landtagsabg. Paul Hoffmann und der Sekretär der Unabhängigen Barthen. Hoffmann trieb die Beeinflussung der Wähler im Wahllokal so weit, daß der Wahlvorsteher des Wahllokals in der Fruchtstraße zum Schutze der Wähler gegen ihn einschreiten mußte. Verschiedene Wahlhelfer und Funktionäre der Unabhängigen erklärten unseren Genossen auf Verhörungen, sie gäben zu, daß ihr Verhalten nicht anständig sei, aber es sei Parole gegeben worden, „mit allen Mitteln“ zu arbeiten. — Nun, bei geheimen Wahlen verlangen diese Mittel nicht, das hat Niederbarnim gezeigt.

„Mehr haben Sie wohl nicht . . .“

Man schreibt uns: Am Hallschen Tor bestieg eine junge Frau mit drei Kindern die Straßenbahn. Eins trug sie auf dem linken Arm, eins führte sie an der Hand und das älteste, etwa vierjährige, ging links neben ihr. Die Kinder machten einen recht sauberen Eindruck und sahen für die jetzigen Verhältnisse nicht schlecht genährt aus. Trotz des naheliegenden Aprilwetters schien die Frau, die sicher nicht zum Vergnügen draußen war und der der Transport der kleinen Schar Mühe genug machen mußte, guten Mutes. In halb ihr, die Kinder auf den Wagen hinaufzuheben. Die Schaffnerin des nahezu überfüllten Wagens sah der Ankunft unfreundlich genug zu, und als die vier oben waren, meinte sie, die man selber für eine Mutter hätte halten können: „Mehr haben Sie wohl nicht; ich hätte noch 'n paar mehr mitgebracht!“ Die Frau erwiderte nichts und ließ sich in den Eingang des Wagens hineinschieben, wo sie notgedrungen hilflos mit ihren Kleinen stehen blieb; denn niemand machte ihr, trotz der Last auf dem Arm, Platz, bis auf energisches Erweichen durch einen älteren Mann ein Sechzehnjähriges sich zu erheben geruhte. Während der Fahrt schaute das älteste der Kinder stets ängstlich nach dem Gesicht der Schaffnerin, die aber ihre ungebührliche Keuherung schon vergessen haben mochte. Sie hatte sich wohl überhaupt nichts dabei gedacht. Als die kleine Karawane in der Hofenstraße den Wagen verließ, schwirren noch einige mehr oder weniger geistvolle Ausprüche der Passagiere hinter ihr her.

Ja, so eine Mutter, die ihrer Gebär- und Erzieberpflicht im Sinne der neuen offiziellen Bevölkerungspolitik „voll und ganz“ nachkommt ist in keiner Hinsicht zu beneiden. Keiner auf der vollbelegten Hinterplattform, der sie nicht für „dumm“ gehalten hat. Keiner dachte an das Geldverloren, das es darstellt, wenn eine solche Arbeiter- oder Kleinrentnerin in diesen vier entmenschten und entbehrungsreichen Kriegsjahren mit drei Kindern niederkommen muß und sie dennoch zu gefunden, wohlgezogenen Menschenlein heranzubilden versteht. Diese Zeitung, auf die Kriegsindustrie oder den Lebensmittelhandel übertragen, hätte der Frau ein Vermögen eingebracht. Als Mutter erntet sie im besten Fall Verständnislosigkeit, häufig aber Spott. Diese kleine Frau schien sich nichts daraus zu machen und ihre Sprößlinge es nicht entgelten zu lassen. Sie hatte meine ganze Sympathie und Bewunderung, obwohl auch ich sie unter den Lebens- und Wohnungsbedingungen des Gegenwartskrieges für unglücklich halten muß. Jedes unterließ ich nicht, meine Fahrtgenossen auf das Unfreundliche und Gedankenlose in ihrem Verhalten gegen die geplagte Milchweiser hinzuweisen.

Neue Höchstpreise. Am 1. Mai d. J. gelten auf Anordnung der Reichsstelle für Gemüse für das Gebiet der staatlichen Verteilungstellen Groß-Berlin folgende Höchstpreise: Spargel, 1. Sorte, im Kleinhandel 1,40 RM., im Großhandel: 1,10 RM. und beim Erzeuger 0,90 RM. Spargel, 2. Sorte: 1 RM. bzw. 0,75 RM. und 0,80 RM. Spargel, 3. Sorte (Suppenpargel): 0,45 RM., 0,25 RM. und 0,28 RM. Abgabepreis: 0,25 RM., 0,15 RM. und 0,15 RM. Lofen Wurzelpinac: 0,55 RM., 0,42 RM. und 0,35 RM. und sogenannter Wurzelpinac: 0,40 RM. (bisher 0,45 RM.), 0,31 RM. und 0,25 RM. pro Pfund.

Massenverkehr nach Werder. Der Andrang zu den Zügen nach Potsdam, Werder usw. war am Sonntag lebensgefährlich. Die Bahnhofsbeamten mußten Polizeihilfe in Anspruch nehmen, um die Bahnhöfe abzusperren. Nur ein kleinerer Teil der Erschienenen erhielt Fahrkarten. Trotzdem waren städtische Büge überfüllt. Nicht anders sah es auf dem Seltziner, Anhalter und Gdrlicher Bahnhof aus. In Werder war der Verkehr ganz enorm.

Einen Kampf mit fünf russischen Gefangenen hatte in der vergangenen Nacht der Schutzmann Schulz vom 1. Revier in Schöneberg zu bestehen. Der Beamte befand sich gegen 11 Uhr nachts auf einem Wachtgang in der Forderndstraße und sah, daß eine Anzahl Männer die dort befindlichen Kartoffelmieten aufmachten

Es ist höchste Zeit

für diejenigen, die den „Vorwärts“ noch nicht hatten, ihn aber ab 1. Mai beziehen wollen, den folgenden Zettel auszufüllen an die Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, einzusenden.

Name _____
Beruf _____
Wohnort _____
Straße? _____ Stadt _____
bestellt den „Vorwärts“ zum Preise von 1,50 M. per Monat frei ins Haus.

